

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Der Anteil der Jesuiten an der Preußischen Krone von 1701

Thoemes, Nikolaus

Berlin, 1892

Vorwort.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-435

W o r t.

„Ich hoffe, daß Sie zu dieser Stunde in der Angelegenheit der Königswürde ebenso gut endigen werden, wie Sie angefangen haben.“ (Französischer Text Urk. 366.)

Friedrich (III) I. an den Jesuiten P. Botta aus der Krönungsstadt Königsberg am ersten Tage des 18. Jahrhunderts.

„Wie die verbündeten Regierungen sich zu der Jesuitenfrage stellen werden, das vermag ich nicht im Voraus zu sagen, aber ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die Königliche Preussische Regierung ihre Stimme gegen die Wiederzulassung der Jesuiten abgeben wird.“

Ministerpräsident Graf von Caprivi im Hause der Abgeordneten zu Berlin am 29. Januar 1892.

Es war am vierten Tag der fünftägigen „Sunnenschlacht“, wie Abg. Stoecker die erste Beratung des Zedlig'schen Entwurfs eines Volksschulgesetzes im Hause der Abgeordneten zutreffend genannt hat, als der damalige preussische Ministerpräsident die obige Erklärung abgab. Sie überraschte durch Anlaß wie durch Inhalt, und die „Beruhigung“, die sie bringen sollte, hat Graf Caprivi damit zu bewirken nicht vermocht. Ganz obenhin hatte am Tage zuvor der Abg. von Gynern, als seine große Schulrede ihn auf „das Privatschulunterrichtswesen“ geführt, bemerkt, er „sehe voraus, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, daß die Jesuiten zurückkommen und glaube, daß das Staatsministerium sich doch wohl überlegen muß, ob es deren Bestrebungen eine derartige Unterstützung bieten kann, daß dieselben ihr Unterrichtswesen in freier Weise gestalten können“. Eine Anfrage war von ihm nicht gestellt. Gleichwohl die prompte Antwort und, was ihr die Bedeutung einer Kundgabe des Gesamtministeriums verlieh, nicht auf dem Fleck, sondern einen Tag nachher. Der stenographische Bericht verzeichnet: „Beifall rechts“. Auch dies erstaunlich, wenigstens auf den ersten Blick. Scharfsichtigere wollten damals schon den Wunsch erkennen, die Evangelischen auf der Rechten zu „beruhigen“. Hatte man doch dort wie links die Sorge, auch der Schulgesetzentwurf sei wesentlich eines der „fortgesetzten Zugeständnisse an's Zentrum“!

Und der Inhalt? Der Reichstag wenigstens ist nicht gewöhnt, Neußerungen der verblindeten Regierungen, geschweige einer unter ihnen, auf Anträge aus seinem Schooß, ja selbst auf seine Beschlüsse, wenn sie nicht endgiltig sind, zu hören. Und hier die runde Ablehnung am Dönhofsplatz, bevor am andern Ende der Leipziger Straße der Antrag Windthorst, der letzte dieses großen Namens, noch begründet, bevor er angegriffen und verteidigt war, bevor es auch nur fest stand, ob und wann derselbe zur Verhandlung kommen werde! Recht auf den ersten, schier vom Zaune gebrochenen Anlaß hin die eilige Festlegung der „Königlichen Preussischen Regierung“! Und wie der Zufall spielt! Sonst heißt es wohl: „Die Königlich Preussische Regierung“. Graf von Caprivi sagt: „Die Königliche!“ Und er hat Recht gehabt, das selbstständig zu halten; mehr Recht, als er im Augenblick wahrscheinlich sich bewußt war. Die ganze Schwere der Erklärung trat nur so hervor.

Die vorliegende Schrift wird das beweisen — nach den Akten des Geheimen Staatsarchives. Auch ihr Titel wird überrascht haben, auch ihr Inhalt wird erstaunlich gefunden werden; erstaunlicher ihr zeitliches Zusammenreffen mit der Erklärung des Grafen von Caprivi; und am Erstaunlichsten das völlige Abhandengekommen sein der Ueberlieferungen der „Königlichen Preussischen Regierung“, die noch in Friedrich II. und den gehäuften „Merkmalen seiner Königlichen Zuneigung“ für den bedrängten Orden so lebendig waren und deren Quell sie aufdeckt.

Diese Betrachtung hat den Politiker bestimmt, Vorredner des Geschichtschreibers zu werden. Das Buch, in welchem wir zusammentreffen, ist, wie man heute so gerne sagt, von solcher Aktualität, daß die Versicherung, ich habe erst mit den mir nach einander vorgelegten Druckbogen Kenntniß von ihm und seinem Inhalte erhalten, schwer allerorten Glauben finden wird. Wie leicht man aber auch mit der bekannten „Jesuitenmoral“ bei der Hand sein mag, so ist es dennoch so: ich habe keinen Anteil an Entstehung und Zustandekommen dieses Buches. Keiner meiner politischen Freunde, kein Politiker hat ihn. Aber alle Politiker werden mit steigender Teilnahme lesen, was der bescheidene Gelehrte im Dienste geschichtlicher Gerechtigkeit so zeitgemäß aus unanfechtbaren Fundstellen erhoben und so packend und schlüssig zusammengetragen hat. Und die Freunde der Jesuiten, der Gerechtigkeit, der kirchlichen Freiheit werden starke Antriebe darin finden.

Ob auch alle Freunde des Hauses Hohenzollern, des Königtums von Preußen, des Deutschen Kaiserdiadems über dem Thron im Weißen Saale an der Spree? Ich hoffe es. Ich hoffe insbesondere, der Kanzler des Deutschen Reiches wird an Hand der folgenden Geschichtserzählung seine so eilige Erklärung vom 29. Januar d. J. einer „nachprüfenden Durchsicht“ unterziehen.

Viele Katholiken werden die Jesuitenväter Wolff und Bota, wie sie sich selbst in ihren Briefen darstellen und von Preussischen Gesandten, ja vom ersten König Preußens selbst dargestellt werden, schwer verstehen. Ihnen wird die ausreichend klare Beleuchtung der allgemeinen Weltlage an der Wende des

17. Jahrhunderts hiezu den Schlüssel bieten. Die beiden einflußreichen Söhne Lohola's haben eifrig und erfolgreich mitgearbeitet, um Deutschland vor dem Schicksal zu bewahren, halb türkisch und halb französisch zu werden. Schon das müßte ihren Brüdern ein Anrecht geben, auf ewige Zeit in deutschen Landen ehrenvoll zu weilen. Um wie viel mehr in allen Landen der „Königlichen Preussischen Regierung“ in den Augen, die — willig oder nicht — es als Verdienst der beiden Jesuitenväter ansehen müssen, so hingebend und wesentlich zur Annahme der Königswürde durch das heutige Kaiserhaus das Ihrige gethan zu haben! Man sollte meinen, tiefe Beschämung müßte alle Preußen erfassen, daß die Genossen derjenigen Männer, denen der erste Preußenkönig seine Dankbarkeit, seine Hochachtung und Zuneigung so oft und so nachdrücklich ausgesprochen, des P. Bota, der als Gast des neuen Königs im Königsschloß zu Königsberg gewohnt hat, heute aus dem Lande des Nachfolgers desselben Königs verbannt sind, deutsche Ordensbrüder des italienischen Jesuiten, und daß die „Königliche Preussische Regierung“ noch immer ablehnt, ihre Stimme für die Sühnung des zwanzigjährigen Unrechts in die Waagschale zu werfen. Noch jüngst hat Herr von Gynern ausgerufen: „Friedrich der Große gehört uns, aber nicht Ihnen.“ Ich streite nicht mit ihm, aber ich glaube, selbst er und seine Freunde werden, wenn sie das vorliegende Buch gelesen, anerkennen müssen, in diesem Punkte, wenn in irgend einem, war „die Friedericianische Tradition“ im Recht, und selbst sie werden nicht ansteh'n dürfen, auch in diesem Punkte, wenn in irgend einem, „Friedrich den Großen ihnen gehören“ zu lassen. „Ich Meines Theiles rechne es Mir zur Ehre, die Trümmer dieses Ordens in Schlesien aufzubewahren, so sehr Ich auch ein Kezer bin,“ schrieb er schon am 22. April 1769 an d' Alembert. Und er hat nicht geruht, bis er dem Superior Reinach zu Wartenberg am 3. Jänner 1776 „die Schlußerklärung des Papstes über die Beibehaltung Curer Ordensbrüder in Meinen Landen“, die „Mir zur Erreichung Meiner landesväterlichen Absichten ganz zureichend zu sein scheint“, als „Guer gnädiger König“ melden konnte.

Wird man dem P. Bota seine Bemühungen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung im Glauben übel deuten? Sie könnten wie eigensüchtige Proselytenmacherei aussehen, wenn seine Haltung in der Frage der „Kron-dignität“ nach dem Scheitern eine andere geworden wäre. Ganz ebenso liegt diese Sache bei dem P. Wolff. Kurzsichtiger Eifer könnte eher den entgegengesetzten Vorwurf erheben. Die Frage steht im Wesentlichen heut wie damals. Die Wiedervereinigung ist das Ziel der Edelsten aller Bekenntnisse, das ständige Gebet der Kirche, das täglich dringendere Bedürfnis des Vaterlandes. Solang sie nicht gefunden, muß der Friede, der ehrliche, gerechte und wohlwollende Friede unter den Bekennern der verschiedenen christlichen Benennungen, vor allem unter den Bürgern eines und desselben Staats, den Söhnen des wieder geeinten Deutschlands die Aufgabe aller Freunde des Christentums und insbesondere des deutschen Volkes sein. Der Herr Verfasser hat ganz Recht: „Was damals die grüne Fahne des arabischen „Propheten“ war, ist heute

die rote Fahne des staatlichen und gesellschaftlichen Umsturzes". (S. 52 f.) Dieselbe Wahrheit sprach der große Montalembert mit der Parallele aus: „Zwischen unseren Füßen wachsen die Barbaren der neuen Völkerwanderung empor“. Dawider Alles, was noch Kraft zum Widerstand besitzt, die Kraft der Ueberzeugung meine ich, zu sammeln, war vor 200 Jahren und ist heute die Aufgabe. Ihr dienten die erleuchteten und unvoreingenommenen Jesuiten, von denen diese Blätter handeln; ihr wollen diese Blätter dienen; ihr werden auch die deutschen Jesuiten dienen, wenn sich die „Königliche Preussische Regierung“ mit den anderen verbündeten Regierungen des Deutschen Reichs endlich entschließen wird, auch sie wieder gemeinem Recht zu unterstellen.

Die feste Ueberzeugung, daß auch diese Stunde kommen wird, teile ich mit Herrn von Snyern. Nicht als „Konzeßion an's Zentrum“, sondern als Folge der Entwicklung, und gebe Gott, auch noch als Frucht hochherziger Gerechtigkeit! Inzwischen spreche ich mit dem Verfasser und mit dem Aufrichter der „Königlichen Preussischen Regierung“: „Die Zeit und Gott brachten schon große Dinge zustande.“

Berlin, den 20. Mai 1892.

Dr. Lieber.